

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 1

68. Jahrgang

Berlin, den 29. November 1930

Nummer 96

## „Baldamus“ im Irrgarten

„Baldamus“ nennt sich ein neuer Mitarbeiter der „Zeitschrift“. Schon in Nr. 91 des Prinzipalsorgans übte er sich in „Wiederbelebung des gesamten Buchdruckgewerbes“ und betete dabei fast alle mehr oder weniger „wissenschaftlichen“ neuzeitlichen Verkaufsbearbeitungen zur Beschönigung der durch die gegenwärtige Krise gekennzeichneten Verfall der sogenannten Wirtschaftsführer auch in unserm Gewerbe nach. Da wir die meisten dieser Geniestreiche in letzter Zeit im Rahmen der Aufsätze über die Wirtschaftspolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins schon belächelt haben, können wir uns deren Wiederholung ersparen. „Baldamus“ beurteilt sie als seiner und seiner Kollegen Weisheit letzten Schlus. Das soll ihm nicht übel genommen werden; denn schlechte Theorien lassen sich schwer verteidigen. Auch dürfte er nicht so unrecht haben, daß stark herabgesetzte Selbstkosten zu einer erhöhten Produktion führen können, v o r a u s g e s e t z t allerdings, daß die Selbstkosten nicht in erster Linie auf Kosten der Käufer herabgesetzt werden. Denn dann ist es mit der Erhöhung der Produktion nichts, weil wo nichts oder weniger ist als vor der Kostensenkung auch nichts oder nicht mehr als vorher herkommen kann. Deshalb muß die Kostensenkung d o r t vorgenommen werden, wo sie nicht die Konsumenten schwächt, sondern dort, wo die Kosten durch verkehrte und u n k o l l e g i a l e Spekulationen in einer total verkehrten Festlegung von Betriebsüberschüssen unnötig gesteigert wurden. Im zweiten Teil des Leitartikels in Nr. 94, der von der Preispolitik des DDB, handelt, haben wir das Nötige dazu gesagt, und zwar, wie uns inzwischen unaufgefordert aus Prinzipalskreisen mehrfach bestätigt wurde, mit durchaus sachlicher Berechtigung!

Das führt uns zum zweiten Punkt, der in einem weiteren Artikel des Herrn „Baldamus“ in Nr. 93 der „Zeitschrift“ vom 21. November als Betrachtung zur Lohnstarifbindung unter dem Titel „Total verkehrte Festlegung der Betriebsüberschüsse“ sichtbar wurde. Wohl im Bewußtsein eigener Fehltritte auf diesem Gebiete fühlt sich „Baldamus“ zunächst verpflichtet, eine mehr willkürliche als sachliche Zusammenstellung aus tausendfältiger Erfahrung längst volkstümlich gewordener Charakterisierungen der privatkapitalistischen „Opferbereitschaft“ gegenüber der Arbeiterkraft aus dem „Korr.“ zu zitieren und sich selbst „angesichts der Wirtschaftsführer aus dem Hauptvorstand des DDB und der Kreise“ als besonders ergebene Natur in empfehlende Erinnerung zu bringen. Auch das soll dem tapferen „Baldamus“ nicht übel genommen werden; er muß ja am besten wissen, wie groß sein Mannesstolz sein darf. Trotzdem möchten wir ihm empfehlen, es mit der Wahrheit etwas genauer zu nehmen, wenn er gegen den „Korr.“ öffentlich polemisieren will. Denn es ist nicht w a h r und dürfte auch durch keinen einzigen vollständigen Satz aus dem bisherigen Inhalt des „Korr.“ zu beweisen sein, daß wir den „jetzigen Kapitalstolz und das Fehlen von Barmitteln in den Betrieben“ nur einer total verkehrten Festlegung der Betriebsüberschüsse zugeschrieben hätten. Das wäre angesichts der Kriegslasten und der Überlegung des gesamten deutschen Produktionsapparates sicher eine unsachliche Übertreibung. Nach wie vor sind wir aber der Auffassung, daß ein großer Teil der Investition von Kapitalien zur Vergrößerung der Betriebsanlagen in vielen Fällen nicht nur zu einer sehr bedenklichen Kapitalzerstörung, sondern auch zu einer schweren Schädigung anderer Betriebe durch eine geradezu verwerfliche und äußerst unkollegiale Abgabung ihrer bisherigen Kundschaft auch in unserm Gewerbe geführt hat.

Auf den gleichen Ab- und Irrwegen befindet sich „Baldamus“, wenn er seine Kritik mit der Behauptung belastet, daß wir die Inflationswirkungen unberücksichtigt gelassen hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Unre maßgebenden Feststellungen bezüglich ungesunder und verkehrter Betriebserweiterungen beziehen sich nur auf die Ne u a n s c h a f f u n g e n und Vergrößerungen seit dem Jahre 1925 und auch seitdem noch keineswegs auf berechtigten Ersatz ausgedienter Produktionsmittel und -anlagen. Wir wären in der Lage, auf diesem Gebiet geradezu empörende Nachweise spekulativer und in vielen Fällen lebhaft konkurrierender Betriebserweiterungen, die jeden Funken gegenseitiger kollegialer Rücksicht auf weniger beschäftigte und doch leistungsfähige Betriebe vermissen lassen, zu führen. Solche Fälle, die den sogenannten kollegialen Abkommen geradezu ins Gesicht schlagen, gab es seit 1925 beinahe in jedem halbwegs beachtlichen Druckort. Sie sind es auch, die die Preisgestaltung im gesamten Gewerbe in unverantwortlicher Weise unterwühlt haben. Deshalb ist es auch ganz abwegig, wenn „Baldamus“ die von uns bemängelte fehlerhafte Festlegung von Betriebsergebnissen in Produktionsmitteln für solche Fälle zu rechtfertigen sucht, wo ein Besitz entsprechender Aufträge zu verzeichnen gewesen sei. Denn hier ist ja gerade der springende Punkt, um den es sich bei der ganzen Sache dreht. Zweifellos ist in den letzten Jahren trotz aller gegenteiligen Klagen auf Unternehmerrseite eine gewisse Steigerung der Auftragsmenge für das deutsche Buchdruckgewerbe zu verzeichnen gewesen; das beweisen schon die gegen früher wesentlich höheren Zahlen der im Gewerbe beschäftigten Arbeiter wie auch die Vermehrung, nicht nur Erneuerung, der Setz-, Druck- und Hilfsmaschinen, deren Anschaffung ja nach „Baldamus“ selbst nur auf den Besitz oder Zuwachs entsprechender Aufträge zurückzuführen sein soll. Denn ganz richtig schreibt er: „Das müßte ein schon immer Kerl sein, und man dürfte das selbst einem „Korrespondent“-Redakteur nicht zutrauen, daß er wirklich vorhandene kleine Betriebsüberschüsse — anzunehmen sind bei der jahrelangen Depression nicht — in totes Eisen oder Blei steck.“ Gerade weil wir eben nicht so „schöndumm“ sind, die nicht zu bestreitende Erweiterung des gewerblichen Produktionsapparates als eine unvermeidliche Notwendigkeit aus einer rein spekulativen und dazu noch unkollegialen Beurteilung des Besitzes entsprechender Aufträge abulente, sondern weil wir der Ansicht sind, daß ein erheblicher Teil dieser Aufträge infolge der wirtschaftlichen Krise gar keine Ne u a u f t r ä g e gewesen sind, sondern dem bisherigen Auftragsbestand a n d e r e r Buchdruckereibetriebe im rückichtslossten Konkurrenzkampf abgejagt worden sind, bleiben wir dabei, daß auf diesem Gebiete auf Prinzipalsseite Fehler gemacht worden sind, deren Folgen nun unter dem Druck der verstärkten Krise um so schwerer auf dem Gewerbe lasten. „Baldamus“ scheint daran selbst ein gerüttelt Maß von Schuld zu haben. Denn nach seiner Berechnung entfallen in unserm Gewerbe von den Selbstkosten der Erzeugung 60 bis 70 Proz. auf die Arbeitslöhne. Diese Behauptung läßt deutlich erkennen, daß dieser Gewerbetreiber selbst zu jenen Schmutzkonkurrenten gehört, die in ihren Preisangeboten 60 bis 60 Proz. u n t e r d e n niedrigsten Positionen des Preistarifs bleiben. Denn bei halbwegs vernünftiger und berechtigter Kalkulation nach dem Letzteren machen die Arbeitslöhne im Buchdruckgewerbe nur etwa 30 bis 35 Proz. der g e s a m t e n Gestehungskosten aus. Dieser Prozentsatz kann sich daher nur dort beinahe um das Doppelte erhöhen, wo jede vernünftige Kalkulation längst aufgehört hat und rückichtslosste Schmutzkonkurrenz zum selbstverständlichen Geschäftsprinzip geworden ist. Statt einem solchen Gewerbeschädling einen wohlverdienten Dämp-

fer aufzusetzen, öffnet ihm das Prinzipalsorgan sogar noch seine Spalten und läßt diesen Mann seine geradezu erschütternde Befähigung zur Sabotage der sogenannten kollegialen Abkommen noch mit der Devise begründen, daß sich der einzelne dem Ganzen zu unterordnen habe. Allerhand Hochachtung vor einer solch kurzfristigen Gewerdepolitik, bei der der Zweck alle Mittel zu heiligen scheint!

Daß solche Zustände weder mit Recht noch mit praktischem Erfolg der Arbeiterkraft aufgebüdet werden können, das nachzuweisen, ist unre Aufgabe, der wir im Interesse der Gefilenschaft durch Aufklärung über die tatsächlichen Zusammenhänge im gewerblichen Produktionsprozeß zu dienen haben, und zwar in erster Linie mit dem Ziel einer Wiedereinrichtung der durch die privatkapitalistische Mißwirtschaft zur Arbeitslosigkeit verurteilten Gewerbeangehörigen. Da an eine Ausbehnung der für das Buchdruckgewerbe in seinem heutigen Umfang benötigten Aufträge nach Lage der Gesamtwirtschaft in absehbarer Zeit ernstlich kaum zu denken ist, bleibt nach unserer Ansicht kein anderer Ausweg, als eine entsprechende Verkleinerung der wöchentlichen Arbeitszeit. Die von „Baldamus“ gegen diese Forderung geltend gemachte Ankostenvermehrung kann durch eine planmäßige und kollegialere Verteilung der jeweils gegebenen Auftragsmenge nach Qualität wie Quantität auf einzelne Betriebsgruppen bei einigermaßen gutem Willen auch auf Unternehmerrseite leicht vermieden werden. Es ist dazu gar keine Herabsetzung der Selbstkosten erforderlich, sondern nur eine richtige Berechnung auf einer Grundlage, die nicht mehr mit Gestehungskosten belastet ist, die mit den einzelnen Aufträgen gar nichts zu tun haben, sondern dem Kapitel total verkehrter Festlegung von Betriebsüberschüssen zuzuschreiben sind. Wird in Zukunft von solchen Mißgriffen Abstand genommen, dann wird sich sowohl von der Seite der dem Gewerbe zur Verfügung stehenden menschlichen Arbeitskräfte wie auch von der Verwertung der mechanischen Produktionsmittel eine Gesundung des Gewerbes ergeben, die im Interesse aller Gewerbeangehörigen liegt. Auch „Baldamus“ könnte damit auf seine Rechnung kommen, wenn er einsehen und danach handeln würde, daß der „Besitz von entsprechenden Aufträgen“ so lange keine Erweiterung seines Produktionsapparates bedingt, als innerhalb anderer Betriebe noch unbeschäftigte Produktionsmittel in Hilfe und Hilfe vorhanden sind, und daß die Beschäftigung arbeitsloser Menschen auch für das Buchdruckgewerbe viel wertvoller ist als deren Unterstützung aus Mitteln, die doch auch nur aus dem Produktionsprozeß herausgewirtschaftet werden müssen!

## Lohnabbau und Wirtschaftsgeundung

Der in dem Lohnkampf der Berliner Metallarbeiter gefällte Schiedspruch zeigt — wie vorauszu sehen war — sehr schnell seine verhängnisvollen Wirkungen. Überall stoßen die Unternehmer in der gleichen Richtung vor, um die von ihnen schon seit langem angestrebte allgemeine Lohnherabsetzung herbeizuführen. Ihr Vorgehen begründen sie damit, daß eine Gesundung der Wirtschaft nur durch eine generelle Senkung der Löhne möglich sei. Der natürliche Verlauf jeder Krise ist bisher stets der gewesen, daß sich mit ihr eine Herabsetzung der Löhne verband. Diese lasse sich um so weniger umgehen, als seit dem Jahr 1927 die Löhne um 20 Proz. stiegen, was zur Folge habe, daß die gegenwärtige Höhe der Löhne im Widerspruch zu den wirtschaftlichen Verhältnissen stehen und nicht aufrechterhalten werden können. Wie auf dem allgemeinen Weltwirtschaftsmarkt müsse daher zur Beseitigung dieses Widerspruches das Gesetz von Angebot und Nachfrage auch auf dem Arbeitsmarkt wieder zur Geltung gebracht werden.

Diese fadenscheinige Begründung des Vorgehens läßt erkennen, daß das Unternehmensum der Meinung ist, sich für die von ihm verfolgten Absichten in keine besonderen geistigen Ankosten stützen zu brauchen, sondern mit beweis-

Iosen Behauptungen und den alten manchesterlichen Labenhilfen einer längst erschundenen Wirtschaftskrisisperiode zum Ziele zu gelangen. Das erscheint uns so leicht, als den Unternehmern die Angst der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Seite steht, wodurch ihre wirtschaftliche Macht in außerordentlichem Maße verstärkt wird. Unter diesen Umständen bedürfen sie keiner besseren Gründe, denn einen Beweis dafür, daß die Gesundung der Wirtschaft von einer Senkung der Löhne abhängig ist, können sie nicht erbringen. Im Gegenteil wird von namhaften Wirtschaftspolitikern mit stärkstem Nachdruck der Standpunkt vertreten, daß die Herabsetzung der Löhne in Zeiten schlechter Geschäftslage kein Mittel darstellt, diese zu bessern, sondern zur weiteren Verschlechterung führt und deshalb die darauf abzielenden Bestrebungen nur als Beweis für unklaren Verstand zu betrachten sind. Die Verminderung der Löhne wird so von ihnen als die schlechteste Methode angesehen, deren sich die Wirtschaft in Zeiten der Depression bedienen kann.

Diese Auffassung wird nicht nur durch die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch durch die täglich zu machenden Erfahrungen in weitestem Umfang bestätigt. Wäre es anders, dann müßten die Länder und Industrien mit niedrigeren Löhnen wirtschaftlich am besten dastehen. Davon kann jedoch keine Rede sein, denn überall stehen die Länder und Industrien mit niedrigeren Löhnen wirtschaftlich hinter denen mit hohen Löhnen weit zurück. Das ist nur zu erklärlich! Sind doch die Löhne der Arbeiter bestimmend für das Maß der ihnen zur Verfügung stehenden Kaufkraft und die Höhe ihrer Lebenshaltung. Selbstverständlich kommt es hierbei nicht auf die sogenannten Nominallöhne, sondern einzig und allein auf den tatsächlichen Reallohn an, mit dessen Steigen sowohl ihre Lebenshaltung wie die Kaufkraft zunimmt. Im andern Fall müßte man jeden wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der arbeitenden Volksschichten leugnen, was nicht möglich ist, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung objektiv und nüchtern betrachtet.

Es kann nicht bestritten werden, daß sich die Löhne der Arbeiter in den letzten Jahren erhöhten. Legen wir jedoch, wie die Unternehmer es wollen, das Jahr 1927 zugrunde, so beträgt die eingetretene Erhöhung der Löhne im Durchschnitt des Reichsindex für die Tariflöhne der gefertigten und ungelerten Arbeiter in Deutschland nicht 20, sondern nur 9 Proz. Das ist zweifellos ein Fortschritt, der jedoch durch die inzwischen durchgeführte Rationalisierung der Industrie mehr wie ausgemagert wird. Ja noch mehr! Zieht man nämlich den Erfolg dieser Rationalisierung in Betracht, so haben die Unternehmer damit bereits eine sehr erhebliche Senkung der Löhne herbeigeführt, die zwar nicht in deren nomineller Herabsetzung, wohl aber in der inzwischen eingetretenen Zunahme der Arbeitslosigkeit in Erscheinung tritt. Sind doch auf diese Weise gewaltige Lohnsummen erspart worden, ohne daß die Produktion eine Verminderung erfährt. Mit dieser Tatsache allein wird also schon das Gerüde von der Gesundung der Wirtschaft durch Lohnsenkung als völlig hinfällig widerlegt. Daß ein solcher Zustand eintreten konnte, hat freilich zum wesentlichen Teil darin seinen Grund, daß die Unternehmer die Vorteile der Rationalisierung fast vollständig für sich selbst in Anspruch nahmen, indem sie entgegen dem von ihnen vertretenen Prinzip der Preisregulierung nach Angebot und Nachfrage die Preise ihrer Erzeugnisse auf der vorher bestandenem Höhe beließen, ja diese sogar noch weiter zu erhöhen suchten und so die schon an sich geringe allgemeine Kaufkraft der breiten Volksschichten noch weiter herabdrückten.

Wo ist denn die von den Unternehmern behauptete freie Wirtschaft? Wir haben sie nicht! Das, was heute auf wirtschaftlichem Gebiet als ein solches Gebilde hingestellt wird, ist nichts anderes als eine von den großen Industriekonzerne und Kartellen monopolistisch beherrschte Zwangswirtschaft schlimmster Art, in der sowohl für die Produktion wie für die Verteilung und Preisbildung das einseitige Gesetz von Angebot und Nachfrage nur noch von ganz untergeordneter Bedeutung ist. Lediglich für die nicht kartellierten und syndizierten Industrien macht sich noch seine Wirkung geltend, ohne daß jedoch dadurch die allgemeine Kaufkraft wesentlich beeinflusst werden könnte. Das konzentrierte, kartellierte und syndizierte Unternehmertum hat es unter Ausnützung der von ihm geförderten Schutzpolitik verstanden, die ihm einst unangenehme Konkurrenz und damit das auf Produktion wie Preisbildung einwirkende Gesetz von Angebot und Nachfrage nahezu reiflos auszuhalten. Die Bildung der Preise erfolgt nicht mehr auf dem Warenmarkt, sondern durch Diktat der Konzerne und Kartelle, in denen sowohl die Schwerindustrie wie ein großer Teil der Bearbeitungsindustrie vereinigt ist. Auf diese Weise wird von ihnen der Innenmarkt nahezu reiflos beherrscht. Nur auf dem Auslandsmarkt besteht noch eine freie Konkurrenz, die aber ebenfalls durch internationale Vereinbarungen mit zunehmendem Erfolg einzudämmen verjucht wird.

Das ist überwiegend der Grund, warum sich trotz der langandauernden Krise und dem allgemeinen Sinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt keine wirtschaftliche Erleichterung einstellt, weder ein nennenswerter Abbau der Preise, noch eine Steigerung der Nachfrage eintritt. Die Kaufkraft der breiten Volksschichten ist infolge der übertriebenen Zollpolitik in Deutschland hoffnungslos gesunken und kann sich nicht heben, weil die Kartelle die Preisfreiheit nicht nachlassen, sie vielmehr noch immer weiter anzujagen suchen, ohne daß ihnen mit wirksamen Mitteln entgegengetreten wird. Das war unter der Wirkung der freien Konkurrenz bei früheren Krisen wesentlich anders. Es ist nicht wahr, daß sich unter ihrer Einwirkung

die Löhne senkten. Wohl bestand für die Arbeiter eine gewisse Unsicherheit, ebenso sind gewisse Schwankungen nicht abzuleugnen. Im allgemeinen bewegten sie sich aber im Gegensatz zu den Behauptungen der Unternehmer in zwar langsamer, aber doch stetig steigender Richtung. Ein etwaiger vorübergehender Lohnstillstand oder partieller Lohnabbau wurde in der Regel mit Eintritt einer günstigeren Konjunktur sehr bald wieder durch Lohnerhöhungen ausgeglichen. Anders stand es mit den Preisen! Sie waren es, die bei Eintritt von Krisen zum Teil sehr erheblich herabgesetzt werden mußten. Dazu zwang die bestehende Konkurrenz. Die Unternehmer mußten ihr Rechnung tragen, indem sie ihre Produktion entsprechend umstellten. Aus den gleichen Gründen war es ihnen bei aufsteigender Konjunktur meist nicht möglich, die Preise auf den früheren Stand zu bringen. Das war für die Unternehmer unangenehm und kostete Opfer, woran aber die Wirtschaft nicht zugrunde ging. Die freie Wirtschaft forderte von den Unternehmern ein solches Risiko, mit dem er sich abfinden mußte.

Das Unternehmertum hat es verstanden, durch die Konzentrierung und Kartellierung der Produktion dieses Risiko nahezu völlig auf die Arbeiter und Verbraucher abzuwälzen. Es beansprucht reiflos die Vorteile, die ihm aus der monopolistischen Beherrschung der Produktionsmittel erwachsen. Die Nachteile sollen von den anderen getragen werden! So ist die „freie Wirtschaft“ zur leeren Phrase geworden. Dennoch wird von den Unternehmern an der Fiktion der freien Wirtschaft festgehalten, weil es ihren Zwecken entspricht und es genug Dumme gibt, die mangels genügender wirtschaftlicher Einsicht die Inhaltslosigkeit dieser Behauptung nicht zu erkennen vermögen. Es geht nur aber wirtschaftlich nicht an, die Dinge mit zweierlei Maß zu messen, wenn man sich mit seinen Grundätzen nicht in Widerspruch setzen will. Außerdem muß, was dem einen Teil recht ist, für den andern billig sein. Dennoch wollen die Unternehmer für die Arbeiter nicht das gleiche gelten lassen. Sie fordern den freien Arbeitsmarkt, den Wegfall aller der Lohnrückerei hemmenden sozialen Einrichtungen, weil sie von der ungeheuren Arbeitslosigkeit als Folge ihrer Wirtschaftspolitik hoffen, daß sich unter dem Zwang des Hungers die Arbeiter dann zu den niedrigsten Löhnen anbieten werden.

Vorerst fordern sie auf der ganzen Linie einen Lohnabbau von 15 Proz. Sie rechnen vielleicht nicht darauf, daß sie diese Forderung reiflos durchsetzen werden, immerhin aber damit, daß ihnen die Schlichtungsausschüsse ein entsprechendes Entgegenkommen zeigen. Damit wäre der Stein ins Rollen gebracht und ein Anfang geschaffen, an den sich weitere Lohnabbaubestrebungen anknüpfen lassen. Da an einen nennenswerten Erfolg der von der Regierung eingeleiteten Preisabnauaktion nicht zu denken ist, wäre eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter die unmittelbare Folge. Verschlechterung der Lebenshaltung bedeutet Verschlechterung der Kaufkraft! Wie soll so eine Beladung der Wirtschaft eintreten? Daran glauben die Unternehmer ernstlich selbst nicht. Aber ihr Profit wird erhöht und die heruntergedrückten Löhne würden ihnen eine noch schärfere Dumpingpolitik gegenüber dem Ausland gestatten, als sie auf Kosten der inländischen Verbraucher schon gegenwärtig betreibt wird. Aber nur für kurze Zeit, denn das Ausland würde alsbald dagegen Maßnahmen ergreifen und höhere Zölle einen Ausgleich schaffen, was den andern Zustand zur Folge hätte. Das Spiel mit der Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter würde also wieder von neuem beginnen. Auf diese Weise kann keine vernünftige Wirtschaftspolitik betrieben werden, weshalb sich die Arbeiter allen Angriffen auf die Löhne mit aller Entschiedenheit entgegenstellen müssen.

### Überstunden und Kollegialität

Die außerordentlich große Arbeitslosigkeit unter unsern Kollegen zwingt uns, mit aller Macht dahin zu wirken, daß keinerlei tarifliche Vorteile übersehen oder gar umgangen werden. In erster Linie müssen die Bestimmungen des § 8 des Tarifs (Überstunden) streng beachtet werden. Es kann doch nicht angehen, daß in vielen Betrieben Überstunden geschehen werden, während unsere Kollegen auf der Straße liegen, ohne daß energisch versucht wird, durch Einlegen von Schichten diesem Übel abzuhelfen. Hauptächlich kommt diese Überstundenshinderung in kleineren Betrieben und in Provinzorten vor; was einstweilen das Nichtvorhandensein einer geschäftlichen Betriebsvertretung zurückzuführen ist, andernteils auf das Un-der-Mutter-Rohstoffabhängigen der Kollegen. Von geradezu unverantwortlichem egoismus zeugt es aber, wenn neben Kurzarbeit noch einzelne Kollegen Überstunden machen. Meistens sind es immer dieselben Kollegen. Die Zeit der „Notverordnungen“ ist ja jetzt da, eine reißt der andern die Hand, weshalb könnte da nicht auch eine Notverordnung, bindend für alle Kollegen, erlassen werden, die dem Überstundenunwesen das Handwerk legt?

Vor Jahren war in einzelnen Orten eine Extrabesteuerung der Überstunden eingeführt. Heute, wo die Verhältnisse doch mindestens ebenso ungünstig liegen, würde deren erneute Einführung von eminenter Bedeutung sein. Die Überstunden würden nachlassen, denn wer wollte noch welche leisten, wenn er etwa die Hälfte pro Überstunde an die Verbandstafel abliefern müßte. Diese Gelder kämen auf indirektem Wege dann wenigstens unseren Brüdern auf der Straße zugute, und es würde auch mancher wieder in den Produktionsprozess aufgenommen werden können. Nach § 71 des Betriebsrätegesetzes steht der Betriebsvertretung ja auch das Recht zu, Einsicht in die Lohnbücher zu er-

halten, so daß allein hierdurch alle geleisteten Überstunden schon erfaßt werden können. Bis es aber so weit sein wird, daß die obengenannte Besteuerung eingeführt werden wird, muß von jedem Kollegen und erst recht von der Betriebsvertretung das größte Augenmerk auf diese unhaltbaren Zustände gerichtet und reiflos für die Absätze 1 und 2 des § 8 des Tarifs eingetreten werden. Eine tut not.

### Arbeitsdienpflicht!

Unsre an Schlagworten so reiche Zeit ist um ein weiteres vermehrt worden. Alle bürgerlichen Parteien von links bis rechts, die große Presse, vor allem aber die Organe des Unternehmertums haben ein Heilmittel zur Besehung der Krisenverwerfungsfrage gefunden. „Arbeitsdienpflicht!“ nennt sich die von diesen Kreisen mit Eifer vertretene Medizin, welche dem kranken Wirtschaftskörper Genesung bringen soll. Alle jugendlichen Personen bis zu 25 Jahren sollen, den Arbeitsmarkt entlastend, zu einer einjährigen Dienstzeit verpflichtet werden. Arbeiten wie Brückenbau, Kanalisation, Urbarmachung von Feldern usw. sollen dieser Armee der Dienstpflichtigen anvertraut werden.

Die Forderung nach Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienpflicht ist nicht neueren Datums. In dem gleich uns im Weltkrieg besiegten Bulgarien besteht die gesetzliche Arbeitsdienpflicht bereits seit dem Jahre 1920. In Deutschland wurde sie in den ersten Nachkriegsjahren wie auch in den Krisenmonaten des Jahres 1923 vornehmlich von nationalistischen Verbänden propagiert. Ihre Einführung sollte ein verlässiger Ersatz für die allgemeine Wehrpflicht sein, welche durch den Vertrag von Versailles aufgehoben wurde. Auch neuerdings wird von den rechtsradikalen Kreisen ganz offen die militärische Seite des ganzen Problems in den Vordergrund gestellt. Im deutsch-nationalen „Tag“ schreibt Generalmajor a. D. B o g t :

Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft, wir müssen einen Ersatz haben... Preußen-Deutschland hat hundert Jahre lang überzeugende Beweise dafür erbracht, daß es ein Segen ist, wenn der Mensch „dient“. Wir haben ein Jahrzehnt und länger schauernd erlebt, was aus der Jugend wird, wenn die allgemeine Wehrpflicht fehlt, ohne daß ein Ersatz ähnlicher Art vorhanden ist.

Ober in der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des Reichsernährungsministers S c h i e f e, lesen wir:

Durch die Arbeitsdienpflicht lernt die junge Generation Gehorsam, Zucht, Einordnung in die Gesamtheit...

Je weiter wir nach rechts gehen, um so stärker das Jammern über die Verderbtheit der proletarischen Jugend, um so lauter der Ruf nach Zucht und Ordnung. Den Gipfel verklimmen hier, wie überall, die Nationalsozialisten. Einer ihrer Propagandisten, namens S c h o e p p e, hat ein Hochschüler „Arbeitsdienpflicht“ kalt „Arbeitslosenwutwarr“ erscheinen lassen. Wie unbeschwert von der Wirklichkeit sich das Leben eines erwerbslosen Jugendlichen in dem Kopf dieses „Gehirns“ malt, beweisen folgende Zeilen:

Langes Schlafen bis in den Tag hinein, eine Zigarette, dann Frühstück, wieder eine Zigarette, ein Gang vor die Haustür mit zwei Zigaretten — herumstehen vor dem Arbeitsnachweis zwecks Aussprache über tagespolitische Fragen und Genuß einiger Zigaretten vor der aufstrebenden Heimsfahrt — auf energielosen Verlangen sofortiges Bereitstellen eines kräftigen Mittagessens durch die Mutter. Nachdem Sofaruhe verbunden mit dem Genuß einiger Zigaretten und Zeitungsektüre — Nachmittagsläufe — mehrstündiger Spaziergang mit der „Freundin“, welche gleichfalls erwerbslos — auch einmal in die Konditorei zu gehen oder man ist bei ihr Abendbrot — entweder man geht mit ihr ins Kino oder mit seinen Freunden ein wenig kneipen — man kann sich auch erlauben, viel länger in die Nacht hinein zu leben, denn man kann ja am nächsten Tag auschlafen.

Wahrlich, ein paradiesisches Dasein. Ein Tausch, Herr Professor, verlohnte sich. Bedauerlicherweise begeben sich zahlreich, selbst organisierte Arbeiter in gefährliche Nähe dieser ärgsten Reaktionäre, indem sie ebenfalls von der „Bermilderung“ der heranwachsenden Generation fasziniert und dem Wunsch nach der Zucht, nach mittelständlichem Schicksal, Ausdruck geben.

Im Juli d. J. brachte nun die Deutsche Wirtschaftspartei einen 24 Paragraphen umfassenden Gesetzesentwurf auf Einführung der Arbeitsdienpflicht im Deutschen Reichstag ein. Wahrscheinlich schon in der nächsten Sitzungsperiode werden sich die Volksvertreter mit diesem Gesetzesentwurf beschäftigen müssen. Der § 1 bezeichnet als den Zweck des Gesetzes, „die deutsche Jugend zur freiwilligen Unterordnung gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit zur Arbeit und Pflichterfüllung zu erziehen“ und „dazu beitragen, die Reparationslasten abzubauen“. Derart schamlos hat bisher noch keine Partei die Absicht ausgesprochen, daß die Jugend, welche während des Krieges in der Wiege lag oder die Schutbahn drückte, die Kosten des Krieges zu tragen habe. § 2 bestimmt, daß jeder Deutsche zwischen 17 und 25 Jahren arbeitsdienpflichtig ist, und zwar ein Jahr, welches jedoch auch in zwei Abschnitten von je sechs Monaten abgetragen werden kann. Nach § 4 werden von der Arbeitsdienpflicht befreit: Angehörige der Reichswehr, der Polizei und des Reichswasserflusses, auf Antrag Berufstätige, wenn durch Erfüllung der Arbeitsdienpflicht ihre wirtschaftliche Existenz vernichtet oder wesentlich beeinträchtigt würde. Ja, der § 5 zieht eine noch weitere Grenze und bestimmt, daß auch Personen, die die einzigen Ernährer sonst hilfloser Eltern oder Großen sind, auf Antrag befreit werden können. Es sind also mit diesen

Klaue für die Söhne und Töchter des Bürgertums ge-
nügt, soher zum Entschlupfen offen gehalten. Trotzdem
schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 15. Juli 1930:

Die Möglichkeit des Loskaufens ist im Entwurf der
Wirtschaftspartei nicht vorgesehen. In Bulgarien be-
steht sie.

Nach der Bestimmung des Führerpersonals (ehemalige
Heeresangehörige sollen bevorzugt werden) und der
Stärkung der einzelnen Arbeitsgebiete (siehe Einleitung)
befragt der § 14 dann folgendes:

Die Anforderung von Arbeitsleistung kann erfolgen
durch alle Reichs- und Länderbehörden sowie durch Ge-
meinden, die hierzu von der Länderzentralbehörde er-
mächtigt sind, und durch die Organe der deutschen Reichs-
bahn und Reichspost (Anforderungsstellen). Nach son-
stige öffentliche und private Unterneh-
men können anfordern, sofern die Landeszentral-
behörde oder die von ihr bezeichnete Stelle oder der
Reichsarbeitsminister eine solche für bestimmte Arbeiten
allgemein zugelassen hat.

Abgesehen von dem schauerhaften Deutsch dieser Formu-
lierung, ist dieser Passus die schärfste Kampfansage gegen-
über der freien Gewerkschaftsbewegung. Die Arbeitsdien-
stpflichtigen sollen, zu Streikbrechern und Lohndrücken ge-
stampelt, ihren Vätern und Arbeitsbrüdern im Kampf ums
tägliche Brot in den Rücken fallen. Denn erhalten sollen sie
neben Verpflegung und Kleidung den sagenhaften Lohn
von 40 deutschen Reichspennigen täglich.

Die „Büchergaben“ der Wirtschaftspartei haben natürlich
zur „Aufrechterhaltung der Disziplin“ im Arbeitseher auch
ein ganzes System von Strafen ausgearbeitet. So sollen
Defektoren mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft
werden. Ein Rattenchwanz von sonstigen Bestimmungen
beendet dann das üble Nachwerk der Partei der Innungs-
trauter, die in der jetzigen Reichsregierung den Justiz-
minister stellte. Der Gefekentwurf richtet sich gegen die
moderne Arbeiterbewegung, die proletarische Jugend als
deren Zukunft und vor allem gegen die bisher noch un-
erschütterten Bollwerke der Arbeiter, die gewerkschaftlichen
Organisationen. Hinzukommt jedoch, daß der im Wesen
militärische Gedanke heute nicht nur von rechtsabstabilen,
sondern auch linksbürgerlichen Kreisen vertreten wird. Im
„Berliner Tageblatt“ schreibt Theodor Wolff:

Ich für meinen Teil bekenne mich auch als Anhänger
einer Arbeitspflicht für gesunde und unverheiratete Per-
sonen, vor allem auf dem Lande, die sich heute bisweilen
vor jeder Anstrengung drücken und lieber die Arbeits-
lofenunterstützung empfangen.

Der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht muß den entschie-
densten Widerstand der freien Gewerkschaftsbewegung fin-
den, weil er nicht zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei-
trägt, sondern umgekehrt, die Arbeitslosigkeit vergrößert
hilft. Dieses Problem zu lösen, wie überhaupt einen Aus-
weg aus der gegenwärtigen Krise zu finden, vermag nur
die Kraft der organisierten Arbeiter: Die gewerkschaftliche Ar-
beitsdienstpflicht wäre der erste Schritt zur Wiedererfüh-
rung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Die
Konsequenzen sprechen.

Leipzig.

Werner Thälheim.

Korrespondenzen

ik. Erfurt, Am 2. November fand hier eine Bezirks-
funktionärkonferenz statt. Kollege König er-
öffnete die von etwa 30 Vertretern besuchte Konferenz mit
begleitenden Worten. Als Vertreter des Gauvorstandes
nahmen die Kollegen Wislang und Martin daran teil.
In einem einleitenden Referat bemerkte Kollege Wis-
lang, daß der Ausgang der Reichstagswahl beweise, wie
dringend nötig es sei, weitgehende Aufklärung in die Ar-
beiterchaft zu tragen. Hatten wir früher alle 10 bis
15 Jahren eine Wirtschaftskrise, so entwickelt sich jetzt alle
fünf bis sechs Jahre eine solche. Obwohl heute die Krisen
ganz andre Ursachen haben als früher, so ist doch die
Hauptursache fast aller Krisen Wirtschaftskodung. Es wäre
ein kompletter Ansturm, wenn man sagt, daß ein Land durch
nationale Wirtschaft gesunden könne, das haben selbst
Rußland und das faschistische Italien nicht fertig gebracht,
sondern auch ausländisches Kapital aufnehmen müssen. In
Deutschland ist eine Unmenge ausländischen Kapitals im
Ausland, besonders in der Schweiz und in Holland, sehr
viel deutsches Kapital investiert, so daß fast das Ausland
gegen Aufnahme weiteren deutschen Geldes wehrt. Das
ausländische Kapital ist vorsichtigerweise in Deutschland nur
kurzfristig angelegt und wird bei Krisen rasch gekündigt.
Die gesamte Weltwirtschaft hat durch den Krieg eine ge-
waltige Umschichtung erfahren. Erzeugerländer sind zu
Produktionsländern geworden. Nach dem Kriege entstand
in den Siegerländern eine Scheinblüte in der Prosperität
der Wirtschaft, weil alle Länder an Waren ausgehungert
waren. Gegenwärtig haben verschiedene Siegerländer ihre
Abgabegeld nach den Kolonien verlegt. Als Ursachen für
die heutige Wirtschaftskrise sind hauptsächlich Nationali-
sierung und Reduktion zu nennen. Es ist Tatsache, daß
Deutschland neben Amerika am meisten rationalisiert hat.
Die Arbeiterchaft ist keineswegs gegen die Nationali-
sierung, denn ratio heißt Vernunft, Rationalisierung also
vernunftgemäße Wirtschaft. Aber die Industrie hat sich
nicht auf eine vernunftgemäße Wirtschaft, auf eine Bedarfs-
wirtschaft umgestellt, sondern auf Profitwirtschaft
eingestellt. Das Kapital glaubt, an alten Methoden, am
historischen festhalten zu müssen. Wer aber trägt nun die
Schuld an den heutigen Zuständen? Das Kapital be-
hauptet, der Marxismus, der jüdisch-ökonomische verstauchte
Marxismus. Das Kapital meint natürlich gar nicht den
Marxismus, sondern die Gewerkschaften, die Arbeiter-
organisationen. Ihm geht es nicht um den Marxismus,
sondern um die Zerstückelung der Arbeiterbewegung. Es
will Lohnabbau vornehmen und Wbbau sozialer Ein-
richtungen, besonders der Arbeitslosenversicherung und
Krankenversicherung. Hauptächlich die 2 Milliarden Mark,
die für die Arbeitslosenversicherung jährlich ausgesetzt
werden, verursachen bei vielen Unbehagen, aber kein Mensch

regt sich auf, daß für Ruhestandsgelder auch 1,0 Milliarden
Markt jährlich, also fast ebenso viel, verausgabt werden.
Man muß es auch als ein Verbreehen bezeichnen, wenn
von anderer Seite Leute herkommen und zu Neugründungen
von Gewerkschaften übergehen, sozusagen einen neuen
Laden aufmachen wollen. Welche Wege schlägt nun die



Fünzig Jahre
Verbandsmitglied



C. C. E. Stein in Hamburg
Eingetretten: 2. November 1880
Jetzt Invalide



C. A. E. Lück in Hamburg
Eingetretten: 10. November 1880
Jetzt Invalide



Fr. Aeschlag in Hamburg
Eingetretten: 28. November 1880
Jetzt Invalide



Wllh. Scharmer in Hehoc
Eingetretten: 28. November 1880
„Hebener Marktschreier“



Paul Thiemig in Leipzig
Eingetretten: 1. Dezember 1880
Jetzt Invalide



G. Egerland in Olanitz i. D.
Eingetretten: 1. Dezember 1880
Jetzt Invalide



A. Schwertschlager, München
Eingetretten: 28. November 1880
Jetzt Invalide



Ab. Meißter in Hannover
Eingetretten: 11. Juni 1880
Jetzt Invalide



Arbeiterchaft zur Besserung der gegenwärtigen Lage vor?
1. Eingriffe in die Monopol- und Kartellwirtschaft, 2. Ar-
beitsbeschaffung, 3. Arbeitszeitverkürzung, 4. Kurswechsel
in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, 5. Verbindung der
Kapitalkraft, 6. Revidierung des Youngplans. Die Ar-
beiterchaft befindet sich in Abwehrstellung und kann zu
einer Offensive vorläufig nicht übergehen. Wenn die
Hilfsgarben aus Kuben kommt und den Gewerkschaften
nationalen Staatscharakter verleiht, dann geht es um mehr
als um Beseitigung der Demokratie. Wenn etwas geschehen
sollte, dann werden unsere Führer, gestützt auf das Ver-

trauen der GesamtKollegenchaft, ihren Mann zu stellen
wissen. In der sich anschließenden Aussprache wies Kollege
Kaffenberger auf Polen hin, wo die Gewerkschafts-
führer im Gefängnis sitzen und binnen wenigen Tagen
alle Gewerkschaften aufgehoben wurden. Hinsichtlich der
Arbeitslosenfrage wäre uns viel geblieben, wenn jeder, der
Pension oder auskömmliche Rente bezieht, aus dem Pro-
duktionsprozeß ausgeschiedet. Auch die Doppelverdienner
müßten bekämpft werden. Kollege Schmidt schloß ab,
wie trotz großer Kapitalien Not und Elend herrscht in den
einzelnen Ländern. Es fehlt die planmäßige Verteilung.
Noch verschiedene andre Kollegen brachten ihre Ansicht zu
den Problemen der Gegenwart zum Ausdruck. Anschließend
erkranketen die Vertreter aus den einzelnen Orten Bericht
über die gegenwärtigen Verhältnisse. Hinsichtlich der Vor-
gänge auf der Generalkonferenz des Berliner Gau-
vereins betonte Kollege Schmidt, daß alle vernünftigen
Buchdrucker derartige Vorkommnisse mit Entrüstung ab-
sehen. Nachdem Kollege Goldammer noch einen Be-
richt aus der Praxis des Arbeitsgerichts gegeben hatte,
regte Kollege Siegel an, zu Weihnachten für die Arbeits-
losen und Invaliden etwas Besonderes zu tun. Es sollen
erhalten arbeitslose Mitglieder und Invaliden 10 M.,
Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte 20 M. Um 5 Uhr
erreichte die anregend verlaufene Konferenz ihr Ende.

ll. Freiburg i. Br. (Sandseher.) Am 2. November
tagte in Lahr die zweite Vorkonferenz der
Handsehervereinigungen im Gau Oberrhein. Die vom Vor-
sitzenden der Gauvereinigung, Kollegen Jeller (Freiburg),
geleiteten Verhandlungen nahmen einen schönen Verlauf.
Sie waren von wirklich kollegialem Geist getragen und
zeitigen einmütigen Beschlüsse, die den Zweck haben, nicht
nur den Handseher zu nützen, sondern auch dem Verbands-
ganzem zu dienen. Zunächst wurden die Finanzen der Gau-
vereinigung geregelt. Wegen Rücktrittsgedanken hatte der
Vorsitzende es untermlassen, ein Programm für die weitere
Verbe- und Fortbildungsarbeit zu entwerfen, weshalb
Kollege Katsch (Karlsruhe) ein solches vorlegte, das Zu-
stimmung fand und besonders den Mitgliedern der Provinz-
druckerei zugute kommen wird, da ihre Blühliche weitgehende
Berücksichtigung finden. Einstimmige Annahme fand auch
die vom Kollegen Häfelle (Karlsruhe) vorgelegte Re-
solutions und sein Antrag, der von jedem vollarbeitenden
Verbandsmitglied am 19. Dezember eine Weihnachtsgabe
von einer Mark für die arbeitslosen Kollegen fordert. Die
Resolutions hat folgenden Wortlaut: „Die am 2. November
in Lahr versammelten Vorkonferenzen der Handsehervereini-
gungen im Gau Oberrhein erwarten vom Verbands-
vorstand die sofortige Ausarbeitung von Richtlinien zur
Bekämpfung des unsre Untertassen schwer schädigenden
Waternausaufschusses. Es geht nicht an, daß auf der einen
Seite große Gewinne unter rücksichtsloser Ausnützung der
Technisierung erzielt werden, während auf der anderen
Seite Tausende ohne jeglichen Verdienst den Kampf ums
Dasein führen müssen.“ Mit dem Wunsche, daß die gefaßten
Beschlüsse zum Wohle der Gesamtmitgliedschaft ausfallen mögen,
schloß der Vorsitzende die Beratungen, denen auch der Be-
zirksvorsitzende von Lahr, Kollege Keibel, beizuwohnt, der
der Veranlassung seine Unterstützung zuteil werden ließ,
wofür ihm auch an dieser Stelle gedankt sei. Dann auch
den Kollegen, die Freiquartiere zur Verfügung stellten.

Stettin. Unse Versammlung am 2. November
nahm nach Erledigung verschiedener anderer Tagesordnungs-
punkte eine Neuaufnahme und drei Auschlüsse gegen Ge-
wohnheitsrestanten vor. Hierauf referierte Kollege Otto
Fiebler (Berlin) über das Thema: „Spartenfrage, eine
Organisationsfrage“. Er verstand es ausgezeichnet, die gut
besuchte Versammlung bis zum Schluß seiner Darlegungen
zu fesseln, und es wurde ihm für seine lehrreichen Aus-
führungen reicher Beifall gezollt. Die Gründung einer
Handseherpartei wurde beschlossen und eine vorbereitende
Kommission gewählt. Nach Bekanntgabe verschiedener Mit-
teilungen wurde die Abhaltung des 30. Sitzungsfestes
näher besprochen. Unter „Verschiedenem“ wurde noch be-
kannt gegeben, daß die Gelangsabteilung von jetzt ab Son-
ntagvormittags im Vereinslokal „Wartburg“ ihre Übungen
abhält. Der Vorsitzende schloß mit Worten des Dankes an
den Referenten die interessant verlaufene Versammlung.

Göttingen. Unse Versammlung am 1. November
vermittelte uns die persönliche Bekanntschaft unsres
zweiten Verbandsvorsitzenden Barth (Berlin), der uns
ein ausführliches Referat über die gewerkschaftlichen
Gegenwartsfragen hielt. Den Wahlsontag des 14. Sep-
tember freiziehend, der uns einen Trümmerhaufen brachte,
von dem die Arbeiterchaft nichts Gutes zu erwarten habe,
führte er aus, daß infolge der Industrialisierung und
Nationalisierung das Heer der Arbeitslosen lawinenartig
angewachsen sei. In allen Betrieben und Büros herrscht
die Mangel und hat Millionen von Händen arbeitslos
gemacht. Eine große Anzahl von Schornsteinen raucht nicht
mehr, weil das Volk die erzeugten Produkte nicht kaufen
kann. So ist trotz Reduzierung der Arbeiterchaft eine ge-
waltige Produktionsvermehrung erfolgt, die zum Teil
große Gewinne abwirft, die in die Taschen der Unter-
nehmer und der Direktoren fließen. Direktorengehälter
von 300000 bis zu einer Million Mark seien zu verzeichnen.
Statt diese Millionengelder abzugeben, gehe das Volk jetzt
um eine Lohnkürzung der Arbeitenden. In unserm
Beruf, in dem es ähnlich sei, stieg die Zahl der Arbeits-
losen von 1928 im Jahr 1930 auf das Fünffache. Um aus
der Not der Gegenwart herauszukommen, müsse ein groß-
zügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm gefordert werden,
vor allem müsse die Bautätigkeit belebt werden. Zu for-
dern sei ferner eine Preisreitung der Produkte, der Rohle
und der Bahnfrachten sowie eine Kürzung der hohen Ge-
hälter, Pensionen und Diäten. Auch eine Verflüchtigung der
Arbeitszeit auf 40 Stunden möglichst sei notwendig, um
Arbeitslose unterzubringen. Das Bekreben der internatio-
nalen Gewerkschaften müsse darauf gerichtet sein, eine
Erhebung der Deutschland auferlegten ungeheuren Kriegs-
lasten zu erreichen. Von den 21 Millionen erwerbstätigen
deutschen Arbeitern seien leider nur fünf Millionen in den
Gewerkschaften zusammengefaßt. Keine Zerstückelung,
sondern nur eine geschlossene Einheitsfront helfe über die
schwere Gegenwart hinweg. Lebhafter Beifall folgte den
Ausführungen, die eine kurze Aussprache auslösten, die sich
in klärenden, sachlichen Bahnen bewegte. Die übrigen
Tagesordnungspunkte waren nur lokaler Natur.

Halle a. d. S. (Handseher.) In unser Verammlung
am 24. Oktober referierte Kollege Welfa (Leipzig) über das
für Hand- und Maschinenseher sowie Korrektoren gleich
wichtige Thema: „Silbentrennung im fremdsprachlichen

„Gah“. An Hand von zahlreichen Beispielen behandelte der Vortragende in lehrreicher Weise zunächst die Vokal- und Konsonantenverbindungen und dann die Wortstellungen in den romanischen, einigen germanischen und slavischen Sprachen. Er wies hin auf die technische Entwicklung und Rationalisierung in der Handhabung und insofern dessen auf die Pflicht eines jeden Wert- und Arbeitsseher, im eignen Interesse heute sich mehr wie bisher mindestens mit den elementarsten Kenntnissen der häufiger vorkommenden fremden Sprachen vertraut zu machen. Der fremdsprachliche Wert- und Arbeitsseher sowie die Verarbeitung des fremdsprachlichen Maschinensatzes erfordern besondere Kenntnisse, und diese kann man sich erwerben durch Fortbildung in seiner Sparte. Die anschließende rege Aussprache bewies das allseitige Interesse für diesen Vortrag, der allen Vereinigungen empfohlen werden kann. Die nächste Versammlung soll am 22. November mit einem Lichtbildvortrag über „Das moderne Inserat“ stattfinden. Nach einem Vortrag unseres Kollegen Wenzland konnten wir in Akkersleben eine Handsehervereinigung gründen, ebenso haben wir in Bernburg Fuß fassen können, so daß jetzt die Gauvereinigung „An der Saale“ elf Vereine umfaßt.

**Halle a. d. S. (Maschinenseher.)** Unsere Herbst-Bezirksversammlung fand am 26. Oktober in Weissenfels statt. Bezirksvorsitzender W. March eröffnete die Versammlung mit begründeten Worten, denen sich Kollege Hohbach als Vertreter der Weissenfelder Maschinenseher und Kollege Bloßfeld als Vorsitzender des Ortsvereins angeschlossen. Die Weissenfelder Buchdrucker erbotene uns einen Sangesgruß. Von der Gauvereinigung waren die Kollegen Winter und Lichtenberg anwesend. Aus den Bezirksorten hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden; die Orte Eisenbach, Postwitz, Quersdorf, Sangerhausen und Torgau waren nicht vertreten. Ein in der Frühjahrsversammlung zurückgestellter Antrag auf Beitragsreduzierung wurde erneut aufgeführt und verfiel der Ablehnung. Die Berichte aus den Orten zeigten deutlich, wohin die Reise geht. Alles drängt auf Lohnabbau hin. Es kam zum Ausdruck, daß die Kollegen heute mehr denn je einmütig zusammenstehen müssen. Ferner zeigte sich, daß das ungeschriebene Gesetz, wonach jede Sparte ihre eigene Arbeitslosigkeit selbst zu tragen hat, Mißstände mit sich bringt. So ist es wiederholt vorgenommen, daß Maschinenseher entlassen und dann Handseher angelernt wurden, obwohl arbeitslose Maschinenseher am Platz waren. Die Versammlung faßte daher einstimmig eine Resolution, in der die dafür in Frage kommenden Instanzen erlucht werden, dieser Sachlage ihre Beachtung zu schenken und bei kommenden Verhandlungen dafür Sorge zu tragen, daß eine entsprechende Bestimmung in den Tarif aufgenommen wird. Unter „Technischem“ machte Kollege A. Schmidt interessante Ausführungen über eine Beschäftigung der Mergenthaler und Interhypse-Maschinenfabriken in Berlin, wozu ihm verschiedenes bildliches Instruktionsmaterial, von der „Mergenthaler“ teilweise überlassen, zur Verfügung stand. Mit seinen klaren Ausführungen erntete er den Dank der Versammelten. — Eine kleine Fidelitas hielt die Kollegen noch bis zur Absahrt der Züge im Kreise Gleichgesinnter beisammen.

**Kirchheim-Red.** Unser Ortsverein feierte am 2. November sein 30jähriges Bestehen. Dem Ernst der Zeit Rechnung tragend, war die Feier nur im kleinen Rahmen ausgetragen, was jedoch nicht hinderte, daß sich recht frohe Stunden angeschlossen und echt buchdruckerlicher Geist einen schönen Familienabend aus der schönsten Feier machte. Unser Vertrauensmann Roth gab einen Rückblick über die Zeit vor der Gründung des Ortsvereins und über die verfloßenen 30 Jahre. Der Ortsverein ehrte den Kollegen Roth durch ein feines Geschenk für seine 25jährige Tätigkeit als Vertrauensmann.

**Leipzig. (Handseher.)** Unsere Versammlung am 6. November nahm nach Eingangsrede einiger Mitteilungen auch Kenntnis von einem für Handseher günstigen Urteil durch das Arbeitsgericht. Die Lage betraf die Entlassung von sechs Handsehern und die Beschäftigung von Maschinensehern am Rasten in einem hiesigen Betrieb.

An der Debatte beteiligten sich auch Vertreter der Maschinenseher- und Korrektorensparte. Zur Aufklärung und Klärung dieser Angelegenheit im Interesse der Gesamtsorganisation trugen wesentlich die vortrefflichen Ausführungen des Kollegen S. I. r z bei. Der nächste Tagesordnungspunkt war ein Vortrag unseres Vorstandscollegen S. J. e d über das Thema: „Der Handseher im heutigen Arbeitsprozeß“. Die Frage: Welche Stellung nimmt der Handseher heute im Arbeitsprozeß ein? wurde eingehend erörtert. Die volle Ausnutzung der Leistungsstufen durch unsere Unternehmer, ferner die Einführung und Verallgemeinerung der Schichtarbeit speziell für Wert- und Zeitungsseher, die Druckverfahren: Offset, Tiefdruck und Vakuol, der Materialaustausch, die verbesserten Hilfsmaschinen im Seheraal u. a. m. haben die Arbeitsgelegenheit des Handsehers ganz bedeutend eingeschränkt. Hinzu kommt noch das verstärkte Kontrollsystem und die Abschaffung des Berechnens, um größere Leistungen zu weit geringeren Lohn zu erzielen. Und allen diesen Gründen haben die Handseher die größte Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. In der heutigen Zeit der Technisierung im Seheraal ist jedem Handseherkollegen in seinem eignen Interesse die Beteiligung an den Faktoren zu empfehlen. Die Teilnahme am Lehrgang „Zum Berechnen im Handseh“ ist besonders notwendig. Die häufige Inanspruchnahme der Berechnungskommission, auch von Gewerkschaftlern, ist genügender Beweis dafür. Der gut durchdachte und in jeder Beziehung ausführende Vortrag fand beifällige Aufnahme.

**München.** Mit der Versammlung am 24. Oktober war die Ehrung der Kollegen Kasper Rent, Johannes Koedter, August Wolff, Schulz, Alois Schwertfäger und Georg Wendel für 50jährige Verbandsmitgliedschaft verbunden. Nach einem Chorvortrag des Buchdrucker-Gesangsvereins hielt Vorsitzender S. J. d n e r unter Überleitung des üblichen Gesangs an die Jubilare eine deren Verdienste anerkennende Ansprache, worauf mit Klavierbegleitung, Rezitation und weiteren Vorträgen des Quartetts und des Chors des Buchdrucker-Gesangsvereins die Ehrung einen würdigen Abschluß fand. Vorher fanden verschiedene geschäftliche Angelegenheiten ihre Erledigung. So wurde bei Versammlungsbeginn zweier verstorbenen Kollegen und der 200 Bergarbeiter, die in Ausübung ihrer schweren Berufsarbeit verunglückten, ehrend gedacht. Nachdem sechs Aufnahmegeruche zumitend erledigt waren, wurden auf Grund des § 10 Absatz b des Statuts zwei Mitglieder ausgeschlossen. Wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage wird in diesem Jahr von einer Weihnachtsfeier Abstand genommen werden. Zweiter Gauvorsitzer G. e r t hielt sodann einen interessanten Vortrag über „Einkaufsstrategie und Arbeitslosigkeit“. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die bürgerliche und sozialistische Auffassung in dieser Frage große Gegensätze in sich schließen, und daß es ein ungeliebter Zustand ist, wenn sich Angebot und Nachfrage nicht die Waage halten, beleuchtete der Redner die jetzige „Platzmangel“ der Wirtschaft, bei deren System aber die arbeitenden Klassen keinen Nutzen davon haben. Das Feldgeschrei der Unternehmer sei Lohnabbau, denn für sie scheint die Krise gerade dazu recht zu sein. Der Vortragende gab ein Bild von den sonstigen Vorschlägen, wie sie in letzter Zeit von den Unternehmern, auch solchen im Buchdruckerberuf, gemacht wurden. Diesen gegenüber seien von den Gewerkschaften praktikablere Maßnahmen vorgeschlagen worden: verhältnismäßige Produktionsweise, Stärkung der Kaufkraft durch Preisreduzierung auf allen Gebieten, aber nicht Lohnabbau, Aufhebung der Kartellbildung usw. Die Gegenfähigkeit der Auffassungen werde noch manchen Kampf notwendig machen; deshalb sei es aber unerlässlich, daß die Arbeiterkraft einig und geschlossen in diesen Kampf ziehe, um ihn zu gewinnen. — Die im Graßhagener Gewerkschaftsratel zusammengeschlossenen vier graßhagener Verbände hielten am 28. Oktober wieder eine V o l l v e r s a m m l u n g ab, in der ein interessanter Vortrag über „Politik und Gewerkschaften“ von Landtagsabgeordneten W a z e s e l gehalten wurde. Vor dem Krieg wäre wohl Streit darüber entstanden, ob in Gewerkschaftsversammlungen ein solches Thema angebracht sei. Seitdem hat sich aber ein solcher Umschwung im politischen und gewerkschaftlichen Denken der Arbeiterklasse vollzogen, ver-

anlaßt durch die Erkenntnis, daß nur das Zusammenarbeiten der politischen und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen die Arbeiterfragen zweckentsprechend erledigen kann, daß ein solcher Streit keine Berechtigung mehr hat. An zahlreichen Beispielen zeigte der Redner, wie notwendig eine Änderung in diesem Sinne war. Nach Schluß der in letzter Zeit aufgetretenen politischen und wirtschaftlichen Fragen und deren Auswirkung auf die Arbeiterklasse kam er zum Schluß, daß dem Indifferenzismus, dem Faschismus und dem falschen Kommunismus als Hemmnissen im Aufstieg der Arbeiterklasse mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse. Die Durchführung einiger Reisepläne und eines Lustspiels beschloß den Abend.

**Bismig i. S.** Am 25. Oktober beging unser Ortsverein sein 40jähriges Bestehen verbunden mit dem 50jährigen Verbandsjubiläum des allseitig geschätzten Kollegen Gustav Egerland. Es wurde, wie es geplant war, eine Doppeljubiläumfeier im wahrsten Sinne des Wortes. Der Saal des Hotels „Zum goldenen Engel“ prangte im Festgewand. Als Mitwirkende hatten die Kapelle Start, der Gesangsverein „Gutenberg“ Plauen und die Zebringsabteilung des Ortsvereins großen Anteil an dem wohlgeleiteten Abend. Nach einem Begrüßungsmarsch und dem vom Gesangsverein „Gutenberg“ gesungenen „Gutenbergslied“ begrüßte Vorsitzender H a b e r t r u m p f die Festteilnehmer. Sein Gruß galt im besonderen dem Gauvorsitzer D e r e l t (Chemin) sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins „Gutenberg“ Plauen, ferner den Ortsvereinen Plauen und Falkenstein, dem Vertreter der Stadt sowie den Vertretern der einzelnen Gewerkschaften. Ein von einer Kollegin Frau prophegierter Erfolg fand allgemeine Würdigung. Die Festrede hatte Gauvorsitzer E r i c h D e r e l t übernommen. Er schilderte in klaren Worten die Verhältnisse vor vierzig Jahren bis zur Gegenwart. Auch gedachte er in gebührender Weise der Verdienste unres Arbeiterpioniers Gustav Egerland. Die sich anschließende Ehrung des Jubilars bewies so recht die Verehrung, die ihm von nach und fern entgegengebracht wurde. Blumen, Geschenke verschiedener Art sowie eine große Zahl Glückwunschkarten werden für spätere Zeiten unsern geschätzten Betreuer eine liebe Erinnerung sein. Der Jubilar dankte in seiner Bescheidenheit eigenen Worten für die vielen Ehrungen. Aber auch der Ortsverein wurde mit feinsinnigen Geschenken bedacht. So von Plauen und Falkenstein. Die Zebringsabteilung überreichte eine Tischbannerschleife in weißer Seide mit den Farben des Verbandes. Das Festspiel „Gutenberg“ in den historischen Tradenten der „Kunstsänger“ fand starken Beifall. Ein Ball, der bis nach Mitternacht die Festteilnehmer in gehobener Stimmung zusammenhielt, beschloß den in allen Teilen gelungenen Festtag. Der Gesangsverein „Gutenberg“ brachte dem Jubilar am Sonntagmorgen ein „Ständchen“. Ein sich anschließender Frühstücken im Vereinslokal „Nordstern“ und ein Ausflug am Nachmittag nach dem nahen „Rittshof“ Lauterbach bildete den Abschluß unserer Jubiläumfeier.

**Duppeln (D. Schl.).** Am 30. Oktober referierte Kollege Otto Fiedler (Berlin) in einer nahezu vollständig besuchten Ortsvereinsversammlung über „Die gegenwärtige Lage im Gewerbe“, um dann zu dem eigentlichen Thema: „Die Sparten — eine Organisationsfrage“, zu kommen. Der Redner hatte bis zum Schluß eine Aufmerksamkeit zuwenden, die ihm durch reichen Beifall dankte. In der nachfolgenden kurzen Aussprache wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen. Es folgte die Wahl von drei Kollegen als Arbeitsausschuß zwecks Gründung einer Ortsgruppe der Handseherpartei. Zu den internen Angelegenheiten wurde beschloffen, in diesem November von einer Feier des 63. Stiftungsfestes mit Tanzvergügen abzusehen und den Tag nur in erster Form zu begehen. Weiter mußte auch der steigenden Belastung der Ortskasse durch die wachsende Zahl der Durchreisenden leiber insofern Rechnung getragen werden, als der Herabsetzung des Ortsgehaltens zugestimmt wurde.

**Torgau.** Am 1. und 2. November feierte unser Ortsverein sein 25jähriges Bestehen. Der Festkommers am Sonntag wurde eingeleitet durch die Domstiftkapelle, die den „Einzug der Gäste auf der Wartburg“ vorzüglich zu Geför brachte. Anschließend sang der Gesangs-

### Drucksachen aus der Praxis

Eine moderne Drucksache ist nicht nur die beste Repräsentantin, sondern auch die wirkungsvollste Werbung, die oft noch den Vorzug hat, in der Herstellung billiger zu sein, als eine im alten Stil mühsam geschaffene Arbeit. Leider ist diese Erkenntnis aber noch nicht Allgemeingut aller Drucksachenverbraucher. Teils aus Unverständnis, teils aus Neugier für das Übergebrachte und nicht zuletzt auch aus Aberglauben gegen alles, was die neue Zeit und eine andersartige Lebensauffassung ausdrukt, halten sich viele Auftraggeber — manchmal wohl auch die Auftragnehmer — für verpflichtet, jede freischaffende Kreation im Keime zu ersticken. Sehr zum Schaden des Buchdruckerberufes, dem dadurch mancher Auftrag verloren geht.

Doch es aber auch Auftraggeber und Druckereien gibt, die anders denken und mit der Zeit mitgehen, das sieht man an den Drucksachen, die gegenwärtig im Buchgewerbe des Verbandsauftrages in Berlin ausgestellt sind. Reiflich durchdachte Formen, rhythmische Aufteilung der Papier- und Schriftflächen, zeitgerechte Typen sowie harmonische Papier- und Farbwahl zeichnen die Privat-, Geschäfts- und Werbebrucksache, von der Visitenkarte bis zum Plakat, aus. Dabei ist jede Übersteigerung im Ausdruck vermieden.

Zunächst bemerken wir die einseitlich durchgeführte Geschäftsbrucksache, Briefbogen, Rechnung, Briefumschlag und Postkarte sind in gleicher Weise gestaltet und mit einheitlichen Firmenzeichen versehen; sie lassen über ihre gleiche Herkunft keinen Zweifel. Es ist zwar schon oft gesagt worden, daß die zusammengehörigen Drucksachen auch in ihrem Aussehen ein geschlossenes Ganzes bilden sollen, und daß nicht jede für sich ein Eigenleben führen darf; aber es gibt wohl mehr Ausnahmen als Befolgungen dieser Regel. Meinungsverschiedenheiten bestehen heute

auch noch über die Normung der Aufdrucke auf Geschäftsdrucksachen. Die Befestiger des Normengedankens sehen mit Recht die Zweckmäßigkeit der immer am gleichen Plage wiederkehrenden Geschäftsangaben hervor, während ihre Gegenpartner in diesen Drucksachen eine Beschränkung der freien typographischen Gestaltung sehen. Die in der Ausstellung gezeigten Normenbriefbogen haben jedoch so vielseitige Ausdrucksmöglichkeiten, daß von einer Erkränkung der Form nicht gesprochen werden kann.

Die Privat- und Familienbrucksache gehört mit zu den schwierigsten Drucksachenarten; sie soll nicht überladen, sondern individuell sein. Daß dies durch einfache Mittel zu erreichen ist, beweisen einige recht gut ausgewählte Briefbogen, Besuchskarten und Bermählungsanzeigen.

Für die Werbebrucksache müssen stärkere Mittel angewandt werden, wenn sie ihrem Zweck, die Aufmerksamkeit des Empfängers auf sich zu lenken, gerecht werden wollen. Hier kann mit farbigen Flächen, größeren Schriftgrößen, Firmenzeichen, Klisches usw. gearbeitet werden. Allerdings muß dies, wie bei allen Sachen, mit weiser Beschränkung geschehen. Ungenügen fällt bei den gezeigten Inbultreiprospekten die Gegenstandsphotographie auf, die je nach ihrer Anwendung Bewegung und Leben gibt. Von der Klarheit, die der zweckbetonten Druckausstattung so gern nachgesagt wird, ist hier nichts zu merken. Weniger zahlreich als die Gebrauchsdrucksache ist in der Ausstellung das Inserat vertreten, obwohl es seiner heutigen Bedeutung nach einer besonderen Ausstellung wert ist. Dagegen sind aber wieder die Feldbrucksachen stärker berücksichtigt. Mit ihrem gestilligen Formenfinden deuten sie schon äußerlich die Erwartung froher Stunden an. Das Gelingen dieser Drucksachen hängt jedoch neben gediegener Sagarbeit sehr von der Papier- und Farbwahl ab; wir sehen deshalb auch fein abgestimmte Farbenspiele, die den Beschauer freudig stimmen.

Farbige Papiere kennzeichnen auch die Buch- und Broschürenentitel; es sind jedoch Farben, die mehr ins Auge fallen. Sie werden durch markante Schrift- und Bildflächen unterbrochen. Der Ausschnitt des photographischen Bildes, das als neuer Buchschmuck immer mehr Eingang in der Typographie findet, erfährt vor der Bildausschnitt ist ebenfalls beim Plakat angewandt worden, das im übrigen zeigt, daß der Buchdruck immer noch imstande ist, recht wirkungsvolle Werbeflake zu schaffen, die jeden Vergleich mit den Erzeugnissen des Flach- und Tiefdrucks ausstehen. Daß der Totalplattenschnitt im Seher- und Druckersaal noch nicht verwaist ist, sehen wir an einigen Blei- und Linolschnitten, die auch im Hgürlichen Extremfalle aufweisen. Erwähnt sei hier noch eine originelle Stanzarbeit, die den Buchdrucker als Schöpfer kleiner Schwausanlagen erkennen läßt.

In Verbindung mit der Ausstellung werden dann noch die letzten Hefte der Zeitschriften des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker gezeigt. Bemerkenswert dabei ist der Werdegang eines photographischen Titels des „Graphischen Betriebes“, von dem die Originalaufnahme, der Bildausschnitt, die Reinezeichnung bis zum fertigen Druck dargestellt ist.

An dieser Drucksachenausstellung ist festzustellen, daß die Qualitätsdrucksache auch heute noch nicht ausgestorben ist. Alle Arbeiten sind der Praxis entnommen; sie sind, darauf sei noch hingewiesen, ein Teil der Drucksacheneingänge, die der Schriftleitung der „Typographischen Mitteilungen“ auf ihren Wunsch im Oktober dieses Jahres aus Kollegenkreisen zugesandt worden sind.

Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker stellt das Material nach Schluß der Ausstellung, Mitte Dezember, seinen Ortsgruppen zur Verfügung, so daß auch die Kollegenchaft im Reich weiteren Nutzen daraus ziehen kann.



